

Er scheint wöchentlich einmal: Freitags.
 Abgaben: Die fünfspaltige Beilage 40 Pf.
 Für die Ortsvereine 10 Pf.
 Im Abonnement nach Uebereinkunft.
 Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
 vierteljährlich 1.— Mark
 bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Zeitungspreisklasse.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O. 55,
 Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 22

Berlin, den 31. Mai 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt
 Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Zelle, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt
 Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Verlagt. — Die Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung. — Arbeiter und Kunst. — Kommunale Arbeitsnachweise in Dänemark. — Die Deutschen Gewerksvereine (Girsch-Dunker) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband. Bedrohte Gewerbe. Die Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg. Nachruf. — Aus der Rechtsprechung. — Technisches. — Patentschau. — Fortarbeiter. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Versammlungen des Ortsvereins der Holzarbeiter Berlin. — Anzeigen.

Verlagt.

Der im Januar gewählte neue Reichstag ist nach 3 1/2 monatlicher Arbeit am Donnerstag, den 23. Mai, in die Ferien gegangen. Stürmisch wie beim Zusammenritt im Februar, war der Schluß desselben. Die Sozialdemokratie war es beidemal, um welche sich der Jant drehte. Beim Zusammenritt des Reichstages war es die Präsidentenwahl, die den Schwarzblauen zu allerlei Winkelzügen Anlaß gab, ohne allerdings mehr als einen Eintagszettel zu erzielen. Man wollte den Sozialdemokraten die Berechtigung zum Eintritt in das Präsidium verweigern; das wäre beinahe gelungen, wenn nicht die Nationalliberalen sich besonnen hätten, daß die Wahlen doch klar und deutlich durch die abgegebenen Stimmen sagten, das Volk habe genug an den Kostproben der früheren Rechtsmehrerheit und wolle nun die Laten der neuen deutschen Vinken sehen, und sie wählten Scheidemann. Allerdings dauerte diese Herrlichkeit nicht lange, da die nationalliberalen Herrschaften wieder umfielen und der Bierwochenherrlichkeit des Herrn Scheidemann ein jähes Ende bereiteten. Wir haben diesen Vorgang schon feinerzeit besprochen und kritisiert und können deshalb heute darüber hinweggehen.

Dem neuen Reichstag wird von vielen Seiten große Leistungsfähigkeit nachgerühmt. Es wird sogar behauptet, er habe mehr als seine Vorgänger in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Tagung geleistet. Diese Hochhymnen, die wir nicht unbedingt unterschreiben wollen, veranlassen uns, all die Arbeit einmal kurz zu registrieren.

Bemerkenswert waren die Steuerungsdebatten, welche auf Antrag der Fortschrittler eine zeitweise Aufhebung des Kartoffelzolls brachte. Bei dieser Debatte war das Verhalten der Reichstagsabgeordneten, die gleichzeitig christliche Arbeitersekretäre sind, auffallend. Sieberis, der intelligenteste unter ihnen, bekannte sich offen zur Hochschulgolpolitik. Seine Rede hätte ebenso gut von dem Direktor des Bundes der Landwirte Dr. Diederich Sahn gehalten werden können. Hier zeigte sich demonttrativ, daß die christlichen Sekretäre sich dem Zentrum und den Konservativen mit Haut und Haaren verschrieben haben. Nach diesen Debatten wurde das Gesetz gegen den Mädchenhandel und das Staatsangehörigkeitsgesetz verhandelt, welche zum Teil wesentliche Verbesserungen der bisherigen Bestimmungen brachten.

Die zweite Sitzung des Staatsrats, welche Ende Februar begann und reichlich acht Tage dauerte, brachte uns eine Reihe von Debatten über Koalitionsrecht, Streikbrecherschutz usw. Der Staatssekretär Debrück lehnte bei diesen Auseinandersetzungen die von den Konservativen geforderte Verschärfung des Gesetzes für Streikvergehen ab, da die bestehenden Gesetze vollständig genügen. Der Bergarbeiterstreik gab damals Veranlassung, die ganze Materie von den Parteien nicht so einwandfrei behandeln zu lassen, als wünschenswert gewesen wäre. Die Frage der Arbeitslosenversicherung fand ebenfalls Würdigung, als Reichsgesetz allerdings im ablehnenden Sinne durch den Staatssekretär, welcher diese Versicherung den Gemeinden als Aufgabe überweisen will. Auch die Wohnungsreform soll durch die Gemeinden geregelt werden. Die hierfür vom Reichstag eingesetzte Kommission beschloß jedoch anders, denn die am 14. Mai zusammengesetzte Kommission forderte ein Reichswohnungsgesetz. Des weiteren forderte die Kommission den Reichskanzler auf, den Bau von Kleinwohnungen im Wege der Landesgesetzgebung zu fördern. Es soll dies geschehen:

1. unter Anpassung der Verhältnisse von Stadt und Land durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenauflage, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie durch

weiträumiger Bebauung und Dezentralisation der Besiedelung;

2. durch Gewährung von Steuererleichterungen und Abgaben an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen;

3. durch Gewährung des Enteignungsrechts an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mängeln in dem Erbauungs- und Wohnungswesen, die die Bebauung hemmen, und von veralteten, zur Bewohnung ungeeigneten Gebäuden.

Wir wollen sehen, was aus diesen vernünftigen Vorschlägen der Kommission gemacht wird. Jedenfalls ist die Wohnungsfrage für die Gesundheit des deutschen Volkes eine so ungeheuer wichtige, daß dieselbe nicht den Gemeinden allein überwiesen werden darf, da sie sonst bei der Zusammenfassung unserer Gemeindevertretungen auf die lange Bank geschoben wird. Der Etat des Innern brachte bei der Besprechung nicht weniger als 55 Resolutionen, wovon 5 auf Koalitionsrecht, Streikbrecherschutz und Tarifverträge entfielen. 14 beziehen sich auf den Arbeiterschutz, Reichsberggesetz 4, landwirtschaftliche Arbeiter 3, Theaterpersonal 2, Privatangestellte 10, Handwerkerverhältnisse 6, Kartelle und Syndikate 2, Versicherungswesen 3 und 6 Resolutionen, die verschiedene Dinge behandeln.

Bedeutende Geldforderungen bedingten die von der Regierung gemachten Behrvorlagen. Diese kamen nicht unvernünftig, denn wie sich die Dinge beim Marokkohanbel im vorigen Jahre abgepielt haben, so war sicher zu erwarten, daß neue Opfer vom Volke für diesen Zweck gefordert würden. Diese Behrvorlagen erforderten die respektable Summe von 130 Millionen Mark. Die bürgerlichen Parteien waren ohne Ausnahme bereit, diese Vorlagen zu genehmigen, nur über die Deckungsfrage entspann sich ein Streit, dem der Reichschatzsekretär v. Bermuth zum Opfer fiel. Zentrum und Konservative hatten nach dem Wahlausfall im Januar einen so heillosen Respekt vor neuen Steuern bekommen, daß sie über die Frage der Deckung dieser neuen schweren Ausgaben für den Militärmoloch überhaupt am liebsten nicht geredet hätten. In diesem Bestreben rebellen sich die Herren in einen Eifer und machten die gewagtesten Rechenexempel auf über angebliche Mehrerträge aus der Finanzreform 1909. Die Linksparteien dagegen, einschließlich der Sozialdemokratie, waren nur für neue Steuern zu haben, wenn diese von den kapitalkräftigen Schultern getragen werden sollten. Daß dabei die 1909 abgelehnte Erbschaftsteuer wieder aufs Tapet kam, lag in der Natur der Dinge. Die Reichsparteien beschworen in den rührendsten Tönen die Regierung, doch um Gottes Willen, die Erbschaftsteuer nicht in Vorschlag zu bringen. Der Reichschatzsekretär bestand jedoch auf den gefundenen Wahlspruch: „Ohne Deckung keine Ausgaben“, und hielt die Erbschaftsteuer für ein sehr geeignetes Mittel. Dieser offene und ehrliche Standpunkt sollte ihm allerdings übel bekommen, denn der deutsche Reichskanzler versucht immer noch gegen den Willen des Volkes zu regieren, und heugt sich allen Wünschen der Reaktion. Weil Herr Bermuth gegen den Stachel gelockt hatte, mußte er über die Klinge springen. An seiner Stelle trat Herr Kühn, der frühere Direktor im Reichschatzamt. Doch die Behrvorlagen wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt, da sie von ihrem Traum des Volksheeres (Wütz) nicht abgehen wollten. Die Deckungsfrage wurde noch in den letzten Tagen, ehe die Volksboten in die Sommerferien gingen, besprochen und die Linke drückte ihren Willen durch, daß die Kosten für Meer und Marine durch Besitzsteuern, vornehmlich eine Erbschaftsteuer aufzubringen seien.

Was nun die Bethmannsche Regierung machen wird, muß abgewartet werden. Vom sozialen Gesichtspunkt aus betrachtet, können wir dem neuen Reichstag noch keine großen Lorbeeren spenden, denn während für Kriegszwecke 130 Millionen Mark geipendet wurden, hat man für soziale Zwecke nur 55 papierne Resolutionen aufgebracht. Das ist etwas wenig und wir erwarten, daß in der Herbstsession auch für diese Dinge etwas herauspringen wird.

Die Aenderung des Diätengesetzes blieb unerledigt, dafür wurde bei der Beratung des Kolonialrats ein

Gesetz durchgedrückt, das den Weizen in unseren Kolonien die Eingehung einer Ehe mit Farbigen verbietet. Ob durch dieses Verbot nun die in Deutschland überzähligen Mädchen und Frauen nach unseren Kolonien ziehen werden, um so an den Mann zu kommen?

Eine kleine Erweiterung der Rechte ersuhr der Reichstag durch eine Aenderung der Geschäftsordnung insofern, als den Mitgliedern des Reichstages gestattet ist, jederzeit kleine Anfragen an die Regierung zu stellen. Die Regierung ist allerdings nicht verpflichtet, darauf zu antworten, wodurch diese Er-rungenschaft natürlich sehr an Wert verliert.

Die nach unserer Auffassung unglückliche Aeußerung des Kaisers über die Verfassung in Elsaß-Lothringen hat im Reichstage zu recht unschönen Standal-szenen Anlaß gegeben. Der frühere Vizepräsident Scheidemann hat dafür in ebenso unglücklicher wie ungeschickter Weise Provokationen hervorgerufen, die zu einem Skandal führten, welche das Parlamentsniveau außerordentlich herabzudrücken geeignet sind. Bei diesen und einigen anderen Angelegenheiten hatten wir das Gefühl, als ob die sozialdemokratische Fraktion wieder beginnt, alle ihre Reden und Maßnahmen nur auf den agitatorischen Effekt auszubauen. Es ist alles nur Blendfeuerwerk, der Ernst hinter der Sache fehlt.

Ob sich die deutschen Arbeiter wohl weiter davon äuschen lassen werden, oder werden sie positive Arbeit von den 110 verlangen? Wer kann das bei der Unberechenbarkeit der Massen wissen. Jedenfalls ist es Pflicht aller jener deutschen Bürger, die der Efel vor solchem Tun erfährt, auf diese, weite Krise des Volkes schädigende Parlamentsaktion hinzuweisen und alles zu tun, um Aufklärung zu schaffen.

Die Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung.

Am 26. Januar 1912 hielt der Verwaltungsdirektor der Kgl. Charité, Geheimrat Pütter, den Vorstandsmitgliedern der Großberliner Krankenkassen einen Vortrag, in dem er über die Bedeutung der Auskunfts- und Fürsorgestellen für die Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus und der Krebskrankheit sprach. Es sind, so führte er aus, in verschiedenen Bezirken der Stadt, z. B. für Berlin N. in der Zionstr. 9, für NO. und O. in der Pallasenstr. 25, für SO., S., SW. im Waterlooufer 7, für W., NW. und C. in der Kgl. Charité Sprechstunden eingerichtet (und zwar gesondert für jede der drei Volkskrankheiten), in denen sich jedermann umsonst untersuchen lassen könne, ob er an einer dieser Krankheiten leidet. Man wird dort über die zur Bekämpfung erforderlichen Maßnahmen unterrichtet, und wenn die Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, in Fürsorge genommen. Wer in ärztlicher Behandlung steht, hat einen Ueberweisungsschein seines Arztes zu bringen. Die Fürsorge erstreckt sich auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und der Wohnungsverhältnisse. Da die Tuberkulose sich fast ausschließlich durch Ansteckung in den Wohnungen weiterverbreitet, müssen hier Gegenmaßnahmen getroffen und dem Tuberkulösen ein eigenes Zimmer und Bett verschafft werden. Durch diese Absonderung würden dann die gesunden Familienmitglieder vor Ansteckung bewahrt. Wie dies im einzelnen zu geschehen hat, sagt die Fürsorgegeschwester der Hausfrau und besucht sie öfter wieder, um zu sehen, ob auch alles getan wird, um der weiteren Ansteckung vorzubeugen. Es gibt im Deutschen Reich etwa 600 000 Lungenkranke, davon sterben jährlich nach den Staudesamtsmeldungen noch über 60 000 Personen. Viele Krankenhäuser nehmen überhaupt keine ansteckenden Kranken auf, bei den übrigen ist die für Tuberkulose bestimmte Bettenzahl so gering, daß sie für eine Aufnahme aller Lungenkranke gar nicht in Frage kommt. Eine Bemerkung über die Betten in gewissem Umfang ist ja notwendig, aber für alle Tuberkulösen zu schaffen ganz unmöglich. Wenn man z. B. in Berlin die Zahl der Tuberkulösen ganz gering mit 4000 Personen einschätze — die Krankenkasse für die Kavaleute, Apotheker usw. hat 1910 allein 2500 gehabt — so würde die Unterbringung der 4000 in Krankenhäusern, billig berechnet, 5 230 000 M. laufende Kosten pro Jahr und 24 Millionen Baukosten erfordern. Aber damit ist der Weiterverbreitung der Tuberkulose noch nicht wirksam entgegengetreten, denn

die Wohnungen sind verunreinigt, und Tuberkulose bleiben immer noch zurück. Deshalb muß jeder einzelne und besonders die Hausfrau lernen, wie man sich vor Ansteckung zu schützen hat, und ebenso muß der Kranke wissen, wie er es vermeiden kann, seinen Ansteckungsstoff auf andere zu verbreiten. Diese Kenntnis vermitteln die Fürsorgeschwestern in den Wohnungen und Familien.

Auch die Heilstättenkuren können der Weiterverbreitung der Tuberkulose nicht wirksam entgegenarbeiten. Die deutschen Landesversicherungs-Anstalten haben in Summa 12 000 Betten in Heilstätten aufgestellt und können dort jährlich rund 50 000 Patienten auf je drei Monate unterbringen. Heilstättenvereine haben für Erwachsene rund 2200, für Kinder 1000 Betten, können also noch rund 8800 + 4000 = 12800 aufnehmen, d. h. zusammen rund 61 000 Patienten. Aber für diese Heilstättenkuren werden nur Leichtkranke und Heilbare ausgewählt, die mehr als 500 000 ansteckend Kranken bleiben zu Hause und stecken ihre Angehörigen, besonders die Kinder, an. Also wenn die Heilstätten auch sehr nützlich sind, zur Unterdrückung der Tuberkulose sind sie nicht geeignet; das kann nur durch Befreiung in der Wohnung durch die Auskunfts- und Fürsorgestellten geschehen. Diese soll man nicht für bestimmte Klassen der Bevölkerung, z. B. Versicherte, einrichten, weil viele heute versichert, morgen unversichert sind, viele auch nie versichert werden können, sondern soll sie jedermann zugänglich machen. Die Absonderung nach Klassen bringt für die von der Krankheit heimgeleiteten Familien schwere Nachteile.

Durch die neue Reichsversicherungsordnung ist den Krankenkassen die Befugnis gegeben, für ihre Mitglieder und deren Angehörige besser als bisher zu sorgen und viele Anforderungen zu erfüllen, die gegen das Fortschreiten der Tuberkulose anwendbar sind. Ein Anschluß an die Auskunfts- und Fürsorgestellten, die die Mittel und Wege für die Unterdrückung der Tuberkulose und den Schutz der Angehörigen zeigen, ist also sehr zweckmäßig.

Auch gegen die Zerstörungen, die der ständig genossene Alkohol im menschlichen Körper an Herz, Leber, Nieren, besonders aber im Gehirn anrichtet, ist die Arbeit der Auskunfts- und Fürsorgestellten gerichtet. Auch hier sind besondere Sprechstunden für Alkoholtrinker angelegt, die stärker von angehenden Trinkern benutzt werden. Meistens kommen diese in Begleitung ihrer Frau in die ärztliche Sprechstunde. Aber da ja bekannt ist, daß viele Trinker ihre Familie fast ganz ruinieren, so nehmen die Auskunfts- und Fürsorgestellten sich auch der mißhandelten Frauen und Kinder an, lassen ihnen Schutz vor den Rohnheiten des Trinkers angedeihen und suchen sie wirtschaftlich wieder hoch zu bringen. Die Arbeit ist schwer, aber auch hier können die Krankenkassen im Verein mit den Auskunfts- und Fürsorgestellten viel Gutes wirken.

Seit Anfang 1912 haben die Auskunfts- und Fürsorgestellte ihre Tätigkeit nun auch auf Krebskranke und verdächtige ausgedehnt. Welche Verheerungen die Krebsgeschwülste anrichten, ist deshalb noch nicht bekannt genug, weil diese anfangs oft schmerzlos sind. Deshalb soll eine Beratung aller derjenigen stattfinden, die an krebsartigen Geschwülsten leiden. Frühzeitige Operation ist vorläufig das einzig wirksame Mittel gegen Krebs, doch sind die Forscher eifrig an der Arbeit, noch anderen inneren Mitteln. Vor Naturheilkundigen und Kurpfuschern muß dringend gewarnt werden, weil durch deren Behandlung schon oft der rechte Zeitpunkt für die Operation verpaßt ist. — Auch hier ist oft Fürsorge nötig, die bei allen drei Volkskrankheiten durch dieselbe Fürsorgeschwester — jede hat ihren bestimmten Bezirk — ausgeübt wird. Die bisher probeweise ausgeübte Krebsfürsorge hat deren Nutzen erwiesen. Auch ist von Herrn Dr. Pinkus wiederholt auf die Gefahren der Krebskrankheiten hingewiesen.

Diesen Bemühungen kann man nur die größten Sympathien entgegenbringen und wäre zu wünschen,

daß die einzelnen Stadtverwaltungen diesen Bemühungen durch Errichtung solcher Fürsorgestellen entgegen kämen. Gerade bei der niederen Bevölkerungsschicht ließen sich manche Krankheitskeime unterdrücken, wenn freie ärztliche Untersuchung und die nötigen Verhaltensmaßregeln angewiesen würden.

Arbeiter und Kunst.

Unter diesem Titel ist im Verlage Reutel-Stuttgart eine sehr interessante Broschüre vom Arbeitersekretär A. Springer erschienen, über die unser Freund Erkelenz schreibt:

Letzten Endes beruht aller Kulturfortschritt der Masse darin, ihr den geistigen Inhalt des Lebens und der Menschheit nahe zu bringen. Und wenn sich die Arbeiterbewegung heute noch weitläufig überwiegend mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, so nur, weil die Kulturerziehung der Masse erst im Anfange steht, bei dem es mal zunächst gilt, das wirtschaftliche Dasein der Masse einigermaßen zu sichern, ihren Lebenspielraum zu erweitern durch kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne usw. Es ist nur natürlich, daß in diesem Stadium auch die Massenaktion das ausschlaggebende ist, der Massenwille sich temporär, demgegenüber der einzelne Mensch und sein Schicksal als wenig bedeutend gilt. In diesem Massenwille hat der Einzelne eben nur Platz im Gesamten, seine Fähigkeiten werden geschult, fast nur soweit es das Militärschießen in der Masse erheischt. Die Masse zieht an. Wo die meisten sind, dahin zieht es auch wieder die größere Zahl der Einzelnen hin, die nicht Kraft haben, allein oder mit Wenigen zu stehen.

Es ist zu erwarten, daß es nicht immer so bleibt. Es wird der Tag kommen, an dem auch der Einzelwille wieder nach Geltung verlangt und sich solche verschafft. Dann wird man mehr und treffender über Arbeiter und Kunst reden können. Denn, wenn es auch große Fragen gibt, die die Arbeiter als Gesamtheit an Kunst und Kunstverständnis zu stellen haben, so bleibt doch das Verständnis für die Kunst etwas ganz persönliches. Am Kunstwert wird jeder etwas anderes lieben, jeder etwas anderes dabei fühlen. Und jeder Mensch hat seine eigene persönliche Sehnsucht in seinem irdischen Leben. Eine Sehnsucht, die von der heutigen Generation nur unvollkommen verstanden, von den kommenden Menschen mehr gefordert und begriffen wird. Und wer zu horchen versteht unter dem Lärm der Tagesereignisse, unter dem Waffentritt roter Diktatoren, der sieht, wie diese neue Zeit sich langsam Bahn zu brechen beginnt.

Sobiel die Sozialdemokratie auch an volkserzieherischer Arbeit leistet, sie tut alles nur, um aus jedem Einzelnen ein zweckmäßiges Mitglied im Parteilager zu machen. Von Einzelerziehungen abgesehen, leistet sie für die Erziehung zum Einzelwillen und damit auch für die Erziehung zum Kunstverständnis nicht viel. Womit nicht gesagt sein soll, daß andere Bewegungen auf dem Gebiete mehr leisten. Wo heute ein Anfang zur Erziehung der Arbeiter zum Kunstverständnis vorhanden ist, da geht er von bürgerlichen Gelehrten oder anderen Menschenfreunden aus. An der Erziehung der Arbeiter zum Kunstverständnis hat die Sozialdemokratie wenig Interesse, weil der Geist jedes Mannes, der Kunst mit offenen Augen oder Ohren genießen kann, sich naturnotwendig ändert. Ein solcher Mann hört allmählich auf treugläubiger „Genosse“ in einer Masse zu sein. Er wird etwas Eigenes und Selbständiges. Auch allgemein liegt es im Wesen der Sozialdemokratie, daß sie eine Erziehung, die diese Folgen haben muß, bevorzugt nur wenig fördert. Der materialistische Geist, der in der Sozialdemokratie lebt, läßt sie den Einzelmenschen seine Leiden und Freuden, seine Geistesflüge wenig verstehen. Aber es liegt in den ganzen Verhältnissen, daß vorerst den Massen diese Säcke in der sozialdemokratischen Gedankenwelt noch nicht zum Bewußt-

sein kommt. Es sind vorerst nur wenige, die für diesen Fehler Auge und Ohr haben.

Und doch hängt die Zukunft aller Völker davon ab, daß die Massen an diesen Dingen nicht verständnislos vorübergehen. Die politische Demokratie ist auf ihrem Siegeszuge. Es mag noch eine Frage langer Jahrzehnte sein, ehe sich die Demokratie im vollen Sinne Bahn gebrochen hat. Aber selbst Jahrzehnte sind in der Menschheitsgeschichte doch nur ein Augenblick. Es ist deshalb eine Lebensfrage für uns alle, sich auf die kommende Zeit vorzubereiten. Die wirkliche Demokratie ist Herrschaft der Masse. Die Masse sind die Arbeiter. Welches Gesicht würde eine solche demokratische Gesellschaft tragen, wenn die Arbeiter nur Verständnis hätten für hohen Lohn, aber nicht wüßten, wie sie das Geld außer in Nahrungsmitteln und Bier gut verwenden könnten? Was würden solche Staatsbürger sagen, wenn es gälte, hohe Opfer zu bringen für die Wissenschaft, die Kunst, die Forschung, die Ehre? Ein solches Staatswesen müßte an Verfall zu Grunde gehen! Ja selbst jede größere politische Frage erfordert zu ihrer Beurteilung stets ein hohes Maß von Verstand und Idealismus, daß der Mann, der nur an seinen Schnaps denkt, sie nie erfassen wird. Es gibt also zurzeit keine größere und wichtigere Aufgabe, als in der Arbeiterschaft große Gedanken zu wecken, Begeisterung hervorzurufen für edle Ziele, einen unerschütterlichen Glauben an eine schöne Zukunft zu entzünden, einen Glauben, der das Herz zu großen Opfern, die Hand zu schweren Taten bewegt. Kein großer Mann wird uns diese Arbeit abnehmen, sie wird nicht fertig aus dem Haupte eines Einzelnen entspringen, sie verlangt Tausende und Hunderttausende als Mitarbeiter. Und wer beginnt an der Stelle, an der er steht, beginnt mit der großen Aufgabe.

In diesem Sinne begrüßen wir unseres Freundes Springer oben angezeigtes Büchlein. Springer ist ein junger Schuhmacher von Beruf. Er hat mit offenem Verstande und warmem Herzen sich zum Arbeitersekretär der württembergischen evangelischen Arbeitervereine heraufgearbeitet. Und da er eine natürliche Anlage zum Erzählen, ein Talent für Literatur und auch Kunstverständnis hat, war er der bestgeeignete um über „Arbeiter und Kunst“ zu seinen Mitmenschen zu reden. Wie leicht könnten Leute wie Springer, Fischer u. a. sich das Leben machen. Sie brauchen nur einzutreten in die Sozialdemokratie. Dort finden sie die große marxistische Bibel und viele nicht ungehörige Auslegungen dazu. Sie brauchen sich nur in die Gedankengänge etwas hineinzulesen und könnten dann vor die Massenversammlungen gläubiger Anhänger hintreten, ihr Sprüchlein hertragen und unter donnerndem Beifall von der Bühne abtreten. Oder es steht ihnen frei der Eintritt in die christliche Arbeiterbewegung, die mit dem starken geschichtlichen, wissenschaftlichen und gefühlsmäßigen Hintergrunde der katholischen Kirche vielleicht weniger Arbeitermitglieder, aber keinen schwächeren Rückhalt bildet. Und doch gibt es noch immer Leute, wie Springer u. a., die diesen bequemeren Weg nicht wählen, die als Suchende über Erden wandeln wollen. Was ist es, daß sie verzichten, heißt vorerst auf Massenbeifall und Bequemlichkeit. Nichts anderes, als der innere starke Glaube, etwas Neueres und Besseres zu finden, das man heute ahnen, aber schwer beweisen kann. Aber allzeit hat es Menschen gegeben und muß es geben, die mit dem Erreichten nicht zufrieden, nach Neuem streben. Sie hämmern an der Zukunft und voller Sonnenschein ist ihnen erst lange nachher beschieden, wenn ihr ursprünglicher Traum Wirklichkeit wird.

Das Büchlein, das uns Springer beschenkt, konnte weder von einem Sozialdemokraten noch von einem auf dem Boden kirchlicher Orthodoxie stehenden Mann geschrieben werden. Nur ein moderner Christ, ein feuriger Liberaler, ein Arbeiter, der an die im letzten

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) im Strom des öffentlichen Lebens.

IV.

Die Gründer der Gewerkschaften und Gewerksvereine.

(Fortsetzung.)

Nicht selten hat man es so bürgerlich, als ob die Gründung der Deutschen Gewerksvereinsorganisation und die Engländer Hirsch im Auftrage und mit Mitteln der Fortschrittspartei erfolgt sei. Nach dem athenmäßigsten Protokoll des 2. Verbandstages der Gewerksvereine 1873 zu Berlin, hat Dr. Marx Hirsch selbst diese Legende gleich widerlegt, indem er auf dieser Tagung wörtlich dazu folgendes sagte:

„Was insbesondere die soziale Frage betrifft, so habe ich trotz meiner Verehrung für den Vater der deutschen Genossenschaften und ohgleich ich noch jetzt erkläre: es gibt keinen wärmeren Freund der Arbeiter als Schulze-Delitzsch — doch geglaubt, es sei das Beste, wenn ich mir über die Sache selber Klarheit verschaffe und dann darnach freies, das Gebilde des Meisters auszubauen. Es war mein eigener Antrieb, als in und nach dem November 1871 auf 1872 ich wieder kam, wie verworren die soziale Bewegung bei uns sich geformt hat, nach England, um die Quelle der sozialen Weisheit zu gehen — natürlich auf eigene Kosten. Da trafen wir aber, neben den Genossenschaftlern, zu deren Studium ich hauptsächlich die Reize unternommen, die Gewerksvereine als etwas ganz Neues und Großartiges entgegen. Ich hatte Gelegenheit, mich mit den Führern und Gönnern der Trades Unions eingehend zu besprechen, Verträge und die Geschäftsführung anzusehen, und es wurde mir einleuchtend, weshalb ein gewaltiges Übergang der Volkswirtschaft in diesen Organisationen liege, und von dem Augenblicke an gelobte ich mir, diese Institutionen auch in meinem Vaterlande einzuführen. Als ich zurückkam — es war im Spätsommer 1872 — um meine Studien zunächst literarisch zu verwerten, da war

bekanntlich der Schweizer-Frische Arbeiterkongreß einberufen, um Gewerkschaften zu gründen, und dieser Umstand trieb mich unwiderstehlich sofort ins praktische Leben hinein. Denn es wäre eine Sünde gewesen, wenn ich nach den Erfahrungen in England jetzt hätte schweigen und ruhig mitanzusehen sollen, wie solche Menschen, die ja jetzt erkannt sind, die Arbeiter mißbrauchen sollten, um unter dem Namen der „Gewerksvereine“ etwas ganz anderes und verderbliches zur Geltung zu bringen. Es leben noch eine Menge Männer, die da bezeugen können, daß es sich so und nicht anders verhielt. — Und nun zur Fortschrittspartei.

Sehr wohl wissend, daß es für jede neue Einrichtung notwendig oder wenigstens sehr vorteilhaft ist, wenn berühmte Namen sich dabei beteiligen, wandte ich mich an einige Führer der Fortschrittspartei, die mir nahe standen. Duncker war sofort gewonnen, aus Ueberzeugung; Schulze-Delitzsch war ebenfalls im Prinzip dafür, erklärte sich aber gegen die Form; er wollte nur mit den einzelnen Ortsvereinen angefangen haben, wie keine Genossenschaften sich entwickelt hatten. Ganz natürlich, denn wenn man so durchschlagende Erfolge hinter sich hat, so ist man geneigt, das besorgte System auch für ähnliche Verhältnisse maßgebend zu halten. Dennoch trat Schulze-Delitzsch, nachdem die Kommission sich für die Gesamtorganisation entschieden, trotz Bedenken fördernd und empfehlend für unsere Sache ein. Da haben Sie die beiden Führer der Fortschrittspartei, die damals allein sich für die Idee erwärmten, die anderen, die mir heranzuziehen suchten, verhielten sich abwartend oder ablehnend.“

Ueber den letzten Teil dieser Rede hat sich dann zwar eine Anzahl Fortschrittsmänner beschwert, indem sie erklärten, daß sie sich überhaupt nicht hätten ablehnend verhalten können, weil sie ja gar nicht zur Gründung selbst herangezogen seien. Immerhin zeigen aber die Ausführungen Hirschs die Unabhängigkeit der Gründung. Wichtig jedoch ist, daß die Weltanschauung der Deutschen Gewerksvereine von Anfang an auf freiheitlich-demokratischer Grundlage beruht, wodurch sich manche Zusammenarbeit erklärte.

Grabe doch freigelegte Macht des Geistes glaubt, kann sprechen wie Springer hier spricht. Natürlich kann er zum Thema Arbeiter und Kunst keine neuen Entdeckungen machen. Wahrscheinlich ist jeder ausgesprochene Gedanke schon mal von einem Künstler oder Dichterschaffler vorher gesprochen gewesen. Aber daß es ein Arbeiter sagt, und wie er es sagt, das ist das Bedeutende an dieser Schrift. Wahrscheinlich wird in zwei oder drei Jahrzehnten Springer selbst oder ein anderer noch Besseres zu diesem Thema sagen können, denn wir hoffen, daß es bis dahin tausende Arbeiter aus unseren Kreisen gibt, die der Kunst ihre Gedanken gewidmet. Hoffen, daß bis dahin aus dem Suchen Einzelner auch schon eine von Hunderttausenden klar verstandene Anschauung geworden ist. Springer gibt heute, was an reifen Gedanken vorhanden ist. Und wenn jeder Arbeiter, der die im hellen Geiste, aber mehr politisch gehaltenen Schriften anderer Verfasser gelesen hat, nun Springers Schrift dazu liest, wird er tiefer eindringen in die Gedankenwelt freiheitlich-nationaler Arbeiterbewegung. Wiedergeben aus den Bildwerken unserer besten Meister, wie Meunier, Ullde, Burnaud u. a. schmücken das Buch.

Wer die Schrift liest, denkt oft darüber nach, inwieweit die Umgebung Springers ihn für diese Arbeit besonders geeignet macht. Im Schwabenlande herrscht nicht die so ausschließlich kapitalistisch beeinflusste Gedankenwelt. Und wo sie nicht ist, bleibt im Arbeitergehirn mehr Raum für geistige Regungen, während im Norden sich unwillkürlich jedes Streben des Arbeiters mehr in politische Bahnen bewegt. Und die besondere Eigenart der württembergischen evangelischen Arbeitervereine wirkt mit. Mehr als anderswo lebt in diesem Teile der evangelischen Arbeitervereine der Glaube an und das Sehnen nach Freiheit auf religiösem und politischem Gebiet. Freiheit hat sich vermählt mit christlichen Gedanken. Und von dieser Eigenart aus können noch wichtige, dauernde Einwirkungen auf die deutsche Arbeiterchaft ausgehen.

Herr Schuldirektor Hülsman in Palermo hat zu dieser Schrift eine Einleitung geschrieben. Wir würden sie gern anführen. Sie ist allzu stark lobend für Springer. Eine Form, die der schwäbische Schuhmacher selbst nicht lieben wird. Und man braucht ihm deshalb nicht zu sagen, er möge um seiner selbst und um der Sache willen, sich die alte Bescheidenheit wahren. Das was an den allgemeinen liberalen Methoden undemokratisch ist, wollen wir in die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung nicht hinübernehmen. Und dazu gehören Ueberchwänglichkeiten in persönlichen Dingen.

Hoffentlich wird Springers Schrift in unseren Kreisen viele Leser finden. Und wer einem andern mal ein kleines Freundschaftsgeschenk machen will, soll an „Arbeiter und Kunst“ nicht vorbeigehen.

Kommunale Arbeitsnachweise in Dänemark.

Die dänische Regierung hat am 20. Februar dem Folketing einen Gesetzentwurf zur Regelung des öffentlichen Arbeitswesens zugehen lassen. Nach diesem Entwurf sind die Arbeitsnachweise von den Gemeinden oder von Gemeindeverbänden zu errichten und bedürfen der Bestätigung durch den Minister des Innern. Die Arbeitsnachweise (außer demjenigen in Kopenhagen, für den besondere Bestimmungen vorgeesehen sind) werden durch einen Vorstand von mindestens sieben Mitgliedern geleitet, und zwar drei Arbeitgeber, drei Arbeitnehmer und einem unparteiischen Vorsitzenden, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf. Diese Mitglieder werden durch den Stadtrat ernannt; der Vorsitzende muß mindestens die Hälfte der Stimmen im Stadtrat auf sich vereinigen, andernfalls wird er vom Minister des Innern ernannt.

Der Arbeitsnachweis von Kopenhagen bildet gleichzeitig die Zentrale für alle andern im Land geschaffenen Arbeitsnachweise. Die Leitung dieser Zentrale führt ein vom König ernannter Beamter. Dieser oberste Leiter des Arbeitsnachweiswesens hat außer dem Kopenhagener auch alle andern Arbeitsnachweise zu überwachen und vor allem auf einheitliches Vorgehen hinzuwirken. Dem Leiter steht ein Aufsichtsrat von mindestens zehn Mitgliedern (fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern) zur Seite. Hiervon werden je zwei Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Minister des Innern auf Vorschlag der in Frage kommenden Berufsorganisationen ernannt, die übrigen ernannt der Stadtrat von Kopenhagen, wobei das Verhältnisystem zu berücksichtigen ist. — In Gemeinden oder Gemeindeverbänden, welche die Errichtung eines Arbeitsnachweises nicht innerhalb eines Jahres von selbst in die Hand nehmen, ist der Minister des Innern berechtigt, die Einrichtung vorzunehmen.

Die Arbeitsnachweise vermitteln jede Art Arbeit, und zwar unentgeltlich. Ihre Tätigkeit ruht auch nicht, falls Arbeitsstellen durch Aussperrung oder Streik in einem Gewerbe herrschen, doch muß dies in geeigneter Weise den Arbeitsuchenden bekannt gegeben werden. Die Arbeitsnachweise sind auch berechtigt, Geldhilfe in der Höhe der Hälfte des Preises für Eisenbahn- oder Schiffbeförderung zu leisten, wenn Personen nach auswärtiger Arbeit vermittelt wird. Auf ein möglichst enges Zusammenarbeiten der Arbeitslosenklassen mit den Arbeitsnachweisen wird Wert gelegt, indem die Klassen allwöchentlich die Liste derjenigen Arbeitslosen einreichen sollen, denen sie Unterstützung zahlen. Umgekehrt haben die Arbeitsnachweise den Klassen Mitteilung zu machen, falls einem dieser

Arbeitslosen Arbeit nachgewiesen wird; auch werden bei der Arbeitsvermittlung die bei einer Klasse Berücksichtigten in erster Linie berücksichtigt.

Die Kosten für die Arbeitsnachweise tragen die Gemeinden. Wo es sich um Arbeitsnachweise für Gemeinde-Berufshandwerker handelt, werden die Kosten nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen auf die verschiedenen Orte verteilt. Der Staat kann Zuschüsse bis zu einem Drittel der Gesamtkosten leisten. Das Inkrafttreten des Gesetzentwurfs, der in manchen Punkten an das britische und an das württembergische Arbeitsvermittlungsgesetz erinnert, soll zum 1. Juli 1912 bereits erfolgen.

■ Rundschau. ■

Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband erklärt gegen die Notiz der „Rheinischen Zeitung“ vom 11. Mai, der auch wir in unserer Zeitung Raum geben, eine Erklärung, die vom Gesamtvorstande unterzeichnet ist und die schon erwähnte Notiz als unzutreffend bezeichnet. Es wird in der Erklärung gesagt:

„Unser Innungsverband ist aus dem Kampf gegen den Geist der Kurzsichtigkeit und Latenzlosigkeit geboren, der in dem 26 Jahre alten Provinzial-Tischlerverband, Sitz Düsseldorf, herrschte. Mit 24 Innungen traten wir aus diesem Verbande aus und errichteten unseren Innungsverband am 4. April 1909 auf dem Boden tätiger Selbsthilfe mit einem Haushaltsplan von circa 8600 M. Im zweiten Geschäftsjahre waren die Ausgaben auf 14 000 M., im dritten Geschäftsjahre auf 20 700 M. festgesetzt. Diese Beträge haben für die stets wachsende Tätigkeit des Verbandes nicht ausgereicht. Nach den Jahresrechnungen ist vielmehr ein buchmäßiger Fehlbetrag im ersten Geschäftsjahre von 2086,27 M., im zweiten Geschäftsjahre von 4409,78 M. entstanden. Während des laufenden dritten Geschäftsjahres ist dieser Fehlbetrag bis zum 1. März 1912 auf 7200,80 M. gestiegen. Sollten alle fristigen Forderungen des Verbandes als uneinbringlich befunden werden, so würde sich der Fehlbetrag um 1840 M. auf circa 9000 M. erhöhen. Bis zum Schlusse des laufenden Geschäftsjahres kann der Fehlbetrag schlimmstenfalls auf 12 000 M. anwachsen. Der Verband hat zurzeit 56 Innungen; im letzten halben Jahre hat er weiter 20 Innungen gewonnen. Der oben erwähnte alle Provinzial-Tischlerverband, Sitz Düsseldorf, zählt gegenwärtig nur 6 Innungen. Unser im Verbands vereinigt Handwerker hat eine Jahresproduktion von 25 Millionen Mark, ein Beitrag, zu dem der Fehlbetrag in keinem Verhältnis steht. Kein Mensch drängt den Innungsverband, den Fehlbetrag zu decken.“

Wenn die Notiz außerdem von Schulden der Geschäftsführung in Höhe von 90 000 M. spricht, die die Innungen nicht aufbringen können, so ist das entweder Falschheit oder bewusste Absicht, die Verbandsinnungen zu demoralisieren. Außer den schon bezeichneten Beträgen belastet die Verbandsinnungen nichts. Tatsache dagegen ist, daß Männer mit weitem Herzen und Blick innerhalb der letzten 8 1/2 Jahre 90 000 M. aus ihren privaten Mitteln aufgebracht haben, um unsere Organisation aufzubauen und ihr Hilfsmittel zu schaffen. Und daß wir in unseren Reihen solche Männer haben, darauf sind wir stolz.“

Diese Erklärung steht einer Festätigung der von uns in Nr. 20 gebrachten Notiz vertieft ähnlich. Der Unterschied wäre höchstens darin zu finden, daß der Rüdelschloßer Verband in seiner Erklärung angibt, in der Geschäftskasse einen Fehlbetrag von 12 000 statt 16 000 M. zu haben. Die übrigen 90 000 M. werden wohl zugegeben, jedoch nicht als Schulden anerkannt, sondern es wird nur gesagt, diese Summe wäre von Männern mit weitem Herz und Blick aufgebracht worden. Im Laufe der Zeit werden ja auch wir erfahren, ob das Geld zurückgezahlt werden muß.

Bedrohte Gewerbe. Die deutsche Bauwelt brachte kürzlich einen Artikel, in welchem ein Untergang des Zimmerer- und Stukkateurgewerbes konstatiert wurde. Der Betonbau greift immer weiter um sich. Viele Zimmerer gehen zu demselben über. Die Spezialfirmen werden immer weniger, die meisten Baugeschäfte beschäftigen Maurer und Zimmerer und führen auch Betonbauten aus. Der Treppenbau wird langsam, wie auch das Fußbodenlegen, Tischlerarbeit. Nur der Abbau und Gerüstbau bleibt Zimmererarbeit. Die Gerüstarbeit wird aber schon jetzt auch von den Maurern ausgeführt. Dem Eisenbau vermochte das Handwerk wohl noch zu trotzen, nicht aber dem Betonbau. Dem Betonbau, sowie den Forderungen der Gesundheitspflege und der heutigen Geschmacksrichtung fällt aber auch das Gewerbe der Stukkatur zum Opfer. Diese werden, da sie nicht Kunsthandwerker bleiben können, vom Gewerbe der Zug- und Reißbinderarbeiten aufgenommen oder verdrängt. Durch das Wegfallen der Stuckarbeiten aber ist dem Malergewerbe ein Vorteil entstanden. Etwas muß ja zur Verschönerung der Zimmer da sein. Glücklicherweise hat sich das zuletzt genannte Handwerk von der Schablonenarbeit befreit und treibt eine künstlerische Durchbildung der Innenmalerei, der Dekorationsmalerei, an.

Die Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg ist ihrer Wirklichkeit einen großen Schritt näher gekommen. Der Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung, der sich mit dieser Angelegenheit

seit längerer Zeit beschäftigte, hatte seine Beratungen zu Ende geführt und die Vorlage des Magistrats mit einigen Abänderungen angenommen. Nach der Vorlage des Charlottenburger Magistrats können männliche und weibliche Personen gegen Arbeitslosigkeit versichert werden. Der Kasse soll vorläufig aus städtischen Mitteln ein Betrag von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Versicherten haben, solange sie nicht arbeitslos sind, wöchentlich 25 Pfennig Beitrag zu leisten. Für die Unterbringung der Kasse soll die Stadt unentgeltlich Räume zur Verfügung stellen; gleichfalls stellt die Stadt die erforderlichen Beamten. Zur Aufnahme in die Versicherung soll jeder Angestellte oder Arbeiter berechtigt sein, der wenigstens ein halbes Jahr in Charlottenburg wohnt und während der letzten zwei Jahre regelrecht beschäftigt war. Die Versicherung soll befugt sein, mit Arbeitgebern oder auch Vereinen Gesamtvorsicherungen für familiäre Arbeiter und Angestellte abzuschließen. Jeder Versicherte soll, falls er der Kasse seit einem halben Jahre angehört und 26 Wochenbeiträge bezahlt hat, im Falle der unverschuldeten Arbeitslosigkeit pro Tag eine Mark erhalten. Hierzu kommt eventuell noch der dem Arbeitslosen zustehende Zuschuß aus der Stadtkasse, der gleichfalls bis zu einer Mark für jeden Werktag beträgt. Das Tagesgeld wird gewährt, wenn der Arbeitslose eine Woche ohne Verdienst ist. Unterstützung wird jedoch nicht gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit durch Krankheit, Entlassung, Unfall, Invalidität, Streik oder Aussperrung entstanden ist. Das Tagesgeld wird im Höchsthalle innerhalb eines Jahres an ein und dieselbe Person für sechzig Tage gezahlt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch, den 24. Mai, über diese Vorlage beraten, zeigte jedoch, daß sie nicht auf der Höhe der Zeit stand, denn die Fraktion der Unpolitischen und ein Teil der Nationalliberalen beantragten, aus der Vorlage die Zahlung von Zuschüssen an gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, wenn sie von diesen Vereinen Unterstützung erhalten, zu streichen. Der fortschrittliche Stadtverordnete Erdmannsdorfer verglich die Vorlage nach dieser Streichung mit einem ausgeblasenen Ei. Doch es nützte alles nichts, der Antrag wurde mit 33 gegen 20 Stimmen angenommen. Ob der Magistrat die Vorlage in Kraft treten läßt, scheint uns zweifelhaft.

Ein Pionier der Gewerkschaften ist während der Pfingstfeiertage zur ewigen Ruhe gegangen. Unser Freund Franz Remez in Arbon (Schweiz), der dem Gewerkschaften der Maschinenbauer angehörte, aber im Dienste der Gewerkschaften seit Jahren in der Schweiz und in Süddeutschland mit einem Eifer, einem Idealismus sondergleichen arbeitete, ist leider nicht mehr. Er war ein Vorbild für alle, von fester Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit. Für die Gewerkschaften war er bereit, alles zu opfern. Für die Gewerkschaftskollegen in der Schweiz wird er fast unersehlich sein. Sein Andenken aber wird in den Herzen aller, die ihn kannten, fortleben und nie vergessen werden.

Aus der Rechtsprechung

in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

Spielerei oder Betriebsunfall? Was ist ein Betriebsgegenstand? Ein Zimmergeselle, der sich in der Arbeitspause mit seinen Nebengesellen aus Scherz mit Nägeln beworfen hatte, wurde nach Wiederaufnahme der Arbeit von einem Kollegen aus dem dritten Stockwerk herab mit einem Brettstück beworfen. Hierdurch erlitt er den Verlust der Sehkraft eines Auges. Die Berufsgenossenschaft wies den Anspruch ab; es habe nur eine einen Betriebsunfall ausschließende Spielerei vorgelegen. Das Schiedsgericht sprach dem Verletzten unter Anerkennung eines Betriebsunfalles eine Teilrente von 33 1/3 % zu. Das Reichs-Versicherungsamt bestätigt dieses Urteil wie folgt: Dertlicher und zeitlicher Zusammenhang seien ohne weiteres gegeben, aber auch der ursächliche. Die auf die Arbeit gerichtete Aufmerksamkeit habe Kläger, der in gebärdeter Stellung, den Blick nach unten gerichtet, beschäftigt war, in besonderem Maße der Gefahr ausgesetzt, durch heruntergeworfene Gegenstände verletzt zu werden. In der eingenommenen Stellung konnte Kläger weder das herunterfallende Brett wahrnehmen, noch sich anderweitig gegen die Verletzung schützen. Auch durch den bei der Arbeit eingenommenen Standpunkt war Kläger besonders gefährdet, denn durch das mit Gewalt aus dem dritten Stock geworfene Brett wurde er erheblich schwerer verletzt, als wenn er aus nächster Nähe geworfen wäre. Endlich war das Brettstück, durch das Kläger verletzt wurde, ein Betriebsgegenstand. Zur Einrichtung des Betriebes gehörte die Bearbeitung von Brettern auf dem Bau, und zu den bearbeiteten Brettern habe auch das Brettstück solange gehört, wie es sich am Bau befand. Endlich sei eine Rente von 33 1/3 % solange noch nicht Gewöhnung an das einäugige Sehen eingetreten sei, angemessen.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten nach Dresden und Reif (Firma Jca, photographische Branche), Gürlitz (Waggonfabrik), Thorn (Schiffbauplatz Pawlowski), Wesel (Bau- und Möbelschreiner).

Technisches.

Teures Möbelholz.

Möbel aus Eichenholz beherrschen wieder einmal die Mode. Die Nachfrage nach Eichenholz ist darum überaus reg, was natürlich zu einer großen Preissteigerung Anlaß gab. Die Preise für diese Holzart sind innerhalb der letzten Jahre um mehr als 100 Prozent gestiegen, und was für Summen zu zahlen man heute bereit ist, beweist z. B. eine Auktion, die kürzlich im Speßart stattfand. Hier legte eine Frankfurter Firma für eine aus 5,87 Festmetern Holz bestehende Steinelche den Preis von 3150 M. an und erwarb einen Stammabschnitt von 3,71 Festmetern für 2000 M. Das wären 540 M. pro Festmeter. Mit Recht nennt das „Fachblatt für Holzarbeiter“ dies einen „enormen“ Preis für Eichenholz. Stellt sich dies damit doch in die Reihe unserer teuersten überseeischen Möbelhölzer. Das sehr geschätzte wertvolle Teakholz, das aus Südostasien stammt, kostet pro Festmeter nur 250—400 M. — Preise, die den Laien in Erstaunen versetzen, erzielt aber vor allem auch das Mahagoniholz. Für einen einzigen großen, in drei Teile zerschnittenen Mahagonistamm offerierte einst eine Pianofortefabrik den berühmten Preis von 60 000 M.! Kein Wunder, daß man mit diesem teuren Holz jetzt sparsamer und sparsamer umgeht! Moderne Journiermaschinen verstehen es, aus dem Mahagoniholz Platten herzustellen, die nur die Dicke oder vielmehr die „Dünne“ von Bruchteilen eines Millimeters betragen!

Holz aus Stroh.

Den immer mehr drohenden Holzmangel will der Franzose Louis Carrié durch ein von ihm erfundenes künstliches Holz abwenden, dessen Rohmaterial im wesentlichen aus Stroh besteht. Wie die Heimannsche Monatschrift „The Worlds Work“ in ihrem neuesten Hefte mitteilt, erfolgt die Herstellung des künstlichen Holzes auf folgende Weise: Die Strohhalme werden zuerst der Länge nach gespalten, wodurch die Widerstandsfähigkeit des zylindrischen Stengels, die sonst in der Herstellung des künstlichen Holzes hinderlich wäre, beseitigt wird. Dann wird das Stroh unter Zusatz gewisser chemischer Stoffe, die nicht genannt werden, bei einer bestimmten Temperatur gefocht und schließlich einem starken Druck unterworfen. Das ehemalige Stroh kommt dann aus der Maschine in Gestalt einer gleichförmigen Masse heraus, die äußerlich von Holz nicht zu unterscheiden ist. Die Zähigkeit des künstlichen Holzes ist etwas größer, als die des natürlichen. Carriés Maschinen erhalten, künstliches Holz in jeder Größe herzustellen, vom dünnsten Splinter bis zum dicken Balken. Ein besonderer Vorteil des künstlichen Holzes besteht darin, daß es keine Knoten und Ästchen enthält. Gewöhnliche Tischlerwerkzeuge sind zur Bearbeitung geeignet, nur ist das künstliche Holz etwas härter. Es splittert nicht, wenn es mit Nägeln oder Schrauben durchbohrt wird; unter dem Einfluß von Feuchtigkeit oder Temperaturerhöhungen soll es sich nicht verziehen. Das künstliche Holz brennt mit heller Flamme und erweicht dabei starke Dämpfe erzeugt keinen Rauch und hinterläßt wenig Asche, so daß es schließlich auch zum Feizen verwendet werden kann.

Patentschau.

(Auszug aus dem Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Schöneberg, Schepplerstr. 10. — Ansuchen kostenlos.)

Angemeldete Patente:

Nr. 34 g. M. 43 950. Zusammenlegbarer Stuhl mit einem mittels zweier achselartiger Röhre sich beim Aufstellen selbst ausbreitenden Sitz. Jakob Müller u. Jakob Jung, Neufkirchen, Bez. Trier. Ang. 15. 3. 11.

Nr. 38 h. F. 32 330. Verfahren zum Konservieren von Holz mittels Phenolaldehyden, unter Abscheidung des Phenols durch Kohlenfäure. Paul Fiedt, Charlottenburg. Ang. 10. 5. 11.

Gebrauchsmuster:

Nr. 38 a. 507 204. Durch ein mittels Stellschrauben verschiebbares Lineal auf Schnittiefe einstellbare Handfäge. Ab. Büchi, Wila, Kant. Zürich, Schweiz. Ang. 19. 3. 12.
 Nr. 38 a. 507 556. Für mechanischen Antrieb eingerichtete Säge für das Kleingewerbe. Joh. Meister, Brilon i. W. Ang. 1. 4. 11.
 Nr. 38 b. 506 853. Handbohrmaschine in vereinfachter Konstruktion. Jean Müller, Entbille. Ang. 9. 4. 12.

Forstarbeiter.

Fiskalische Waldbarbeiterstellen für deutsche Rückwanderer werden auf Veranlassung des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit Unterstützung der Forstverwaltung vom Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer vermittelt. Die bisherigen Erfahrungen mit der Führung und Leistungsfähigkeit der Rückwanderer als Waldbarbeiter sind so gut, daß sich eine weitere Besetzung solcher Stellen durch Rückwanderer empfiehlt. Der Fürsorgeverein hat in zwei Jahren über 100 Rückwandererfamilien, die in Waldbezirken gelebt und gearbeitet hatten, auf Waldbarbeiterstellen mit Erfolg angelegt. Auf diese Weise gelingt es immer mehr, deutsche Rückwanderer auf ihren Fähigkeiten angepaßten Stellen unterzubringen. Für Forstreviere, die unter großer Arbeiternot zu leiden hatten oder auf fremde Arbeiter angewiesen waren, bedeutet die Versorgung mit deutschen Familien eine wesentliche Erleichterung. Im ganzen sind in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 31. Dezember 1909 847 rückwandernde Familien, zusammen 3420 Personen, in den preussischen Provinzen Brandenburg, Hannover, Ostpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen und Westpreußen, einige wenige auch in Bayern, Mecklenburg-Schwerin, Neuchâtel u. untergebracht worden.

Literarisches.

20 Pf.-Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie, Lehrhefte für den Selbstunterricht im Fachzeichnen, Kalkulation, Stillehre usw. für Tischler, Drechsler, Holzbildhauer und alle Branchen der Holz- und Möbeldindustrie. Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der Norddeutschen Tischlerfachschule, Berlin N. 65, von A. Busch. Verlag: R. Herros's Verlag (S. Herros), Wittenberg, Bez. Halle.

Vor uns liegt Heft 1 bis 7 vorgenannter Hefte, welche das Fachzeichnen, die Stillehre, die Konstruktionslehre, das Entwerfen und die Materialkunde behandeln. Es ist erstaunlich, wie reich, fachwissenschaftlicher Stoff in gedrängter Kürze und doch so umfangreich in diesen Heften untergebracht ist.

Es bietet sich hier jedem Fachmann für wenig Geld die beste Gelegenheit, sich ohne Besuch einer Fachschule diejenigen Kenntnisse anzueignen, welche er zur vorteilhaften und lohnenden Ausübung seines Berufes unbedingt benötigt. Die Hefte sind von einem aus der Praxis hervorgegangenen Fachmann geschrieben und enthalten nur direkt in der Werkstatt verwendbare Theorien, und bilden so diese Hefte nicht nur ein gutes Fach-, sondern auch ein unschätzbares Nachschlagewerk, welches in keiner Werkstatt fehlen sollte.

Besonders zu begrüßen ist die vom Verlag getroffene Einrichtung, daß alle Arbeiten und Lösungen, sowie die Zeichnungen in einer besonderen neu ge-

schaffenen Abteilung gegen ganz mäßiges Honorar geprüft werden, und dürfte so die Fachbibliothek in allen Kreisen der Holzindustrie die wohlverdiente Verbreitung finden.

Le Traducteur — The Translator — Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Der literarische Teil dieser Unterhaltungsschriften bietet in anregender Form in kleinen Novellen, Abhandlungen, Anekdoten, Gedichten usw., die teils einsprachig mit Anmerkungen, teils zweisprachig erscheinen, Kenntnis des fremden Landes, seiner Literatur, seiner Sitten und Gebräuche, seiner Handels- und Verkehrsrichtungen. Uebersetzungsübungen spornen den Leser zu eifriger Arbeit an. Stets finden sich Adressen junger Leute, die geneigt sind, mit andern Lesern in schriftlichen Verkehr zu treten behufs gegenseitiger Förderung der Kenntnisse in der fremden Sprache und zum Austausch von Zeitungen, Ansichtskarten usw.

Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

An alle Berichterstatter für die „Eiche“ richten wir die dringende Bitte, ihre Einsendungen nicht erst kurz vor Redaktionsschluss einzuschicken, da der Raum der „Eiche“ dann gewöhnlich schon vergeben ist und die Sache für die nächste Nummer zurückgestellt werden muß. Die Bemerkung: „muß unter allen Umständen unverzüglich in nächster Nummer erscheinen“, kann auch nichts helfen. Dann haben mehrere Kollegen die able Angewohnheit, so eng zu schreiben, daß die Schrift vollständig ineinander schwimmt. Das ist übertriebene Sparsamkeit, wodurch man nur erreicht, daß der Redakteur das ganze Eingeladene noch einmal abschreiben muß. Also nicht so sparsam mit dem Papier. Wir weisen ferner wiederholt darauf hin, daß das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden darf.

Die Bestellungen auf Formulare, Statutenbücher und sonstiges Geschäftsmaterial müssen, wenn diese mit der Verendung der in gleicher Woche fälligen „Eiche“ erledigt werden sollen, bis spätestens Mittwoch vormittags in Händen des Bureaus sein.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonntag, den 1. Juni 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesen-Schlößchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Modell- und Fabrik-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Branchenversammlung.

Sonntag, den 8. Juni 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. von 8 bis 9 Uhr, b. Reich, Petersburger Straße 55, Zahlabend. Bezirk Nord und Bau-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Vortrag des Koll. Senatus über „Zeit- u. Streitfragen“. Bezirk Südost und Klavier-arbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marshall, Goethestr. 59, Bezirksversammlung. Bezirk Noabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksverj.

Sonntag, den 9. Juni 1912: Einseher. Vorm. 9 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kurgstr. 17 (nahe Alexander-platz), Branchenversammlung. Zahl eines Obmannes. Regle Beteiligung an allen Versammlungen erwartet. Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die monatlichen Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche Einsendung derselben wird besonders ersucht.

Einzelne Ortsvereine senden die Karte gar nicht, andere zu spät ein. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Einsendung unter allen Umständen notwendig ist, da sonst die Statistik unvollständig ist.

Anzeigen.

Für den Internat ist die Redaktion des Lesers gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.

Sonntag, den 8. Juni 1912
 1. Stamm, Hermannstr. 199:

Berjammlung.

Schließliches Ergebnis erwartet
 Der Ansticht.

Nur 87 Pfg. pro Quartal
 bietet die beliebte, gutredigerte Wochenchrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit einer 8seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. — Probenummern durch den Verlag.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger, sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 23, entgegen.



Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf. Manschettenknöpfe das Paar 1 M. und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke — sofort den Vereinen zugestellt.

Der Hauptvorstand.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule Nürnberg

Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Mandelskursen. — Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung. Progr. u. Preise umsonst.

Welche Holzbearbeitungsfabrik übernimmt die Herstellung eines Massenartikels in Ebenholz? Offerten unter A. 22 an die Exped. dieser Zeitung.

Wer fertigt Massenartikel in schwarzer Holzmasse an? Offerten unter B. 23 an die Exped. dieser Zeitung.

Der Arbeitsnachweis und die Kontrollstelle des Ortsvereins Eberfeld-Barmen befindet sich bei Kollegen Weigel, Eberfeld, Baumstraße 14.

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Holzarbeiter zu Spandau befindet sich Moltkestraße 6, Restaur. zum Türkschen Belt. Fernsprecher Nr. 659.

Aachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 M. Reiseunterstützung auf dem Arbeitersekretariat Aachen, Adalbertsteinweg 71.

Junger Drechsler auf pol. Möbelmassenartikel gesucht. Dauernde Stellung. (Krankenticket) Paul Matthey, Laska u. Juchau.

P. Kowallis

Berlin S
 Luckauer Strasse 6. part.

Möbel

alle Sorten zu billigsten Preisen bei Massenanzahlungen
 10 Jahre lang in der Holzindustrie tätig